

Letter of Intent

Absichtserklärung zur Einführung von PSI-21 in Berlin in der Legislaturperiode 2026–2031

An die Fraktionsvorsitzenden der im Abgeordnetenhaus von Berlin vertretenen Parteien mit der Bitte um Prüfung einer Unterstützung des PSI-21-Konsortiums.

Betreff:

Absichtserklärung zur verbindlichen Umsetzung von PSI-21 als Berliner Infrastruktur für jugendeigene Öffentlichkeit, demokratische Rückkopplung und kulturelle Bildung

Sehr geehrte Fraktionsvorsitzende des Abgeordnetenhauses von Berlin,
sehr geehrter Herr Stettner, sehr geehrter Herr Saleh, sehr geehrter Herr Graf, sehr geehrte Frau Jarasch, sehr geehrte Frau Helm, sehr geehrter Herr Schulze, sehr geehrte Frau Brinker,

sehr geehrte Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses 2026,

Berlin steht vor der Aufgabe, Demokratie nicht nur zu verteidigen, sondern sie für eine neue Generation verlässlich erfahrbar zu machen. Jugendliche werden häufig beteiligt, befragt, adressiert oder pädagogisch begleitet. Zu selten erleben sie jedoch, dass ihre Wahrnehmungen, Erfahrungen und Vorschläge in verbindliche politische Rückkopplung übersetzt werden.

Mit der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2026 beginnt eine Legislaturperiode, in der Berlin die Chance hat, Jugendbeteiligung von der symbolischen Ebene in eine dauerhafte demokratische Infrastruktur zu überführen. PSI-21 — Politik, Schule und Internet im 21. Jahrhundert — bietet hierfür ein geeignetes Modell.

PSI-21 versteht Jugendliche nicht als Zielgruppe politischer Kommunikation, sondern als eigenständige Trägerinnen und Träger kultureller Wahrnehmung, demokratischer Erfahrung und gesellschaftlicher Erneuerung. Ziel ist nicht, Jugendliche parteipolitisch zu formen, sondern ihnen verlässliche Räume zu geben, in denen sie Erfahrungen artikulieren, gemeinsam prüfen, öffentlich dokumentieren und in politische Antwortprozesse einspeisen können.

Wir, die unterzeichnende Partei, erklären daher unsere Absicht, uns in der Legislaturperiode 2026–2031 für die Einführung, Erprobung und schrittweise Institutionalisierung von PSI-21 in Berlin einzusetzen.

1. Grundverständnis

Wir erkennen an:

1. Jugendliche sind nicht nur Adressatinnen und Adressaten von Bildungs-, Sozial- oder Jugendpolitik, sondern eigenständige Akteure demokratischer Kulturbildung.

2. Demokratie wird nicht allein durch Unterricht über Institutionen gestärkt, sondern durch wiederholte, reale Erfahrung von Mitwirkung, Verantwortung, öffentlicher Artikulation und politischer Rückmeldung.
3. Beteiligung ohne Antwort erzeugt Ohnmacht. Deshalb muss Jugendbeteiligung mit klaren Zuständigkeiten, Fristen und öffentlichen Rückmeldungen verbunden werden.
4. Digitale Räume dürfen Jugendliche nicht zu Datenprofilen, Zielgruppen oder Stimmungsobjekten reduzieren. Sie müssen als transparente, geschützte und dokumentierende Kommunikationsräume gestaltet werden.
5. PSI-21 darf kein Instrument parteipolitischer Kampagnenführung sein. Es muss staatsfern, plural, transparent, datenschutzkonform und jugendeigen organisiert werden.

2. Politische Selbstverpflichtung

Wir verpflichten uns politisch, in der Legislaturperiode 2026–2031 folgende Schritte zu unterstützen:

a) Berliner PSI-21-Pilotprogramm

Wir setzen uns für ein landesweites Pilotprogramm ein, das in ausgewählten Berliner Bezirken und Schulen PSI-21-Zyklen erprobt. Diese Zyklen sollen Jugendliche in Schule, Jugendhilfe, außerschulischen Bildungsorten und digitalen Räumen zusammenführen.

Jeder PSI-21-Zyklus umfasst mindestens:

- einen geschützten Erfahrungs- und Artikulationsraum für Jugendliche;
- eine Phase der gemeinsamen Recherche, Reflexion und Ausarbeitung;
- eine öffentliche Dokumentation der Ergebnisse;
- eine verbindliche Befassung durch zuständige politische oder administrative Stellen;
- eine öffentliche Rückmeldung innerhalb einer festgelegten Frist.

b) Antwortpflicht statt Symbolbeteiligung

Wir setzen uns dafür ein, dass Empfehlungen, Fragen und Vorschläge aus PSI-21-Verfahren nicht folgenlos bleiben. Zuständige Stellen des Landes Berlin, der Bezirke oder nachgeordneter Verwaltungen sollen verpflichtet werden, öffentlich zu antworten:

- Was wird aufgegriffen?
- Was wird geprüft?
- Was wird abgelehnt?
- Aus welchen Gründen?
- Welche nächsten Schritte folgen?

Diese Antwortpflicht verschiebt keine demokratische Entscheidungsmacht auf Jugendliche, sondern macht politische Verantwortung sichtbar und lernbar.

c) Jugendeigene Öffentlichkeit

Wir unterstützen die Entwicklung einer Berliner jugendeigenen Öffentlichkeit als eigenständigen demokratischen Raum. Diese Öffentlichkeit soll analog und digital organisiert sein, moderiert, inklusiv, diskriminierungssensibel und unabhängig von parteipolitischer Zwecksteuerung.

Sie soll Jugendlichen ermöglichen, eigene Themen zu setzen, Informationslücken zu benennen, Perspektiven auszuhandeln und Ergebnisse öffentlich nachvollziehbar zu machen.

d) Prüfung einer unabhängigen Trägerstruktur

Wir setzen uns dafür ein, in der kommenden Legislaturperiode zu prüfen, ob und in welcher Form eine unabhängige Berliner Trägerstruktur für PSI-21 geschaffen werden kann. In Betracht kommt insbesondere eine staatsferne Struktur nach dem Vorbild öffentlich-rechtlicher oder gemeinnütziger Institutionen, mit Rechtsaufsicht statt politischer Fachsteuerung.

Ziel ist, PSI-21 dauerhaft vor parteipolitischer Vereinnahmung, kurzfristiger Kampagnenlogik und bloßer Projektförderung zu schützen.

e) Datenschutz, Transparenz und Schutz vor Manipulation

Wir verpflichten uns, PSI-21 nicht als Instrument politischer Datenauswertung, Profilbildung oder Wahlkampfkommunikation zu nutzen.

Digitale PSI-21-Infrastruktur muss folgenden Mindeststandards genügen:

- keine psychometrische Profilbildung;
- keine parteipolitische Auswertung individueller Jugenddaten;
- klare Datenschutzregeln;
- transparente Moderationsstandards;
- Beteiligung Jugendlicher an Gestaltung und Kontrolle;
- offene Dokumentation politischer Rückmeldungen;
- Schutz vor digitaler Gewalt, Beschämung und Manipulation.

f) Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation

Wir unterstützen eine unabhängige wissenschaftliche Begleitung der PSI-21-Pilotphase. Evaluiert werden sollen nicht parteipolitische Zustimmungseffekte, sondern demokratische Lernqualität, Selbstwirksamkeit, Diskursfähigkeit, Inklusion, institutionelle Rückkopplung und Umsetzbarkeit.

g) Verankerung in Koalitionsvertrag, Haushaltsplanung und Verwaltung

Wir setzen uns dafür ein, PSI-21 in einem möglichen Koalitionsvertrag, in der Haushaltsplanung sowie in zuständigen Senatsverwaltungen und Bezirksstrukturen zu berücksichtigen.

Innerhalb der ersten zwölf Monate der Legislaturperiode soll ein Umsetzungsvorschlag vorgelegt werden, der Zuständigkeiten, Pilotbezirke, Finanzierungsbedarf, Datenschutzstandards, Beteiligungsformate und Rückmeldepflichten konkretisiert.

3. Leitprinzipien

Die Umsetzung von PSI-21 soll sich an folgenden Prinzipien orientieren:

- **Ergebnisoffenheit:** Jugendliche werden nicht auf vorgegebene politische Antworten festgelegt.
- **Staatsferne und Pluralität:** PSI-21 dient demokratischer Kulturbildung, nicht parteipolitischer Mobilisierung.
- **Verbindlichkeit:** Beteiligung muss Antwort, Prüfung und Rückmeldung auslösen.

- **Wiederholung:** Demokratie wird durch wiederkehrende Erfahrung gelernt, nicht durch Einzelprojekte.
- **Schutz:** Jugendliche brauchen sichere Räume gegen Beschämung, Manipulation und digitale Ausbeutung.
- **Inklusion:** PSI-21 muss auch Jugendliche erreichen, die klassische Beteiligungsformate nicht nutzen.
- **Transparenz:** Politische Reaktionen auf jugendliche Beiträge müssen öffentlich nachvollziehbar sein.
- **Lernfähigkeit:** Ziel ist nicht Zustimmung, sondern die Fähigkeit der Stadtgesellschaft, Konflikte früher, gerechter und dialogischer zu bearbeiten.

4. Berliner Umsetzungsperspektive

Berlin eignet sich in besonderer Weise als Modellregion für PSI-21. Die Stadt ist jung, vielfältig, konfliktreich, digital, sozial ungleich und politisch hoch verdichtet. Genau deshalb braucht Berlin eine Infrastruktur, die Jugend nicht nur verwaltet oder adressiert, sondern als eigenständige demokratische Öffentlichkeit ernst nimmt.

PSI-21 kann helfen,

- politische Bildung erfahrbar zu machen;
- Schulen und außerschulische Lernorte mit realen demokratischen Verfahren zu verbinden;
- Jugendhilfe, Kultur, Bildung und Verwaltung besser zu koppeln;
- digitale Öffentlichkeit transparent und lernförderlich zu gestalten;
- demokratisches Vertrauen durch reale Rückkopplung zu stärken;
- adultistische Routinen in Institutionen sichtbar und bearbeitbar zu machen.

5. Schlussformel

Wir erklären daher unsere Absicht, PSI-21 in der Legislaturperiode 2026–2031 als Berliner Pilot- und Aufbauprogramm zu unterstützen und auf seine schrittweise institutionelle Verankerung hinzuarbeiten.

Wir verstehen diese Absichtserklärung nicht als parteipolitische Besitznahme des Modells, sondern als Beitrag zu einer demokratischen Infrastruktur, die allen Jugendlichen und der gesamten Stadtgesellschaft zugutekommen soll.

Berlin braucht keine weitere symbolische Jugendkampagne. Berlin braucht eine verlässliche Struktur, in der Jugendliche erfahren: Ihre Wahrnehmung zählt, ihre Fragen haben Folgen, und Demokratie antwortet.

Ort, Datum:

Berlin, den

Für den Landesverband / die Fraktion / die Partei:

Name: _____

Funktion: _____

Unterschrift: _____
